

Sollte Deutschland den Euro abschaffen?

von Urban Seifert

Vor einigen Tagen haben wir auf der Straße „Schulterblatt“ mit einer einzelnen Währung bezahlt. Was im ersten Moment als Selbstverständlichkeit erscheint, ist Folge einer historischen Entwicklung. Bis zum Jahr 1863 gehörte nämlich der heutige Hamburger Bezirk Altona zu Dänemark. Statt mit der damaligen Mark wurde in Altona mit Dänischen Kronen gehandelt. Die Grenze zwischen Dänemark und Hamburg war diese Straße mit dem merkwürdigen Namen „Schulterblatt“; die eine Straßenseite besaß eine andere Währung als die gegenüberliegende Straßenseite. Kurz darauf eroberten preußische Truppen die Gebiete Schleswig-Holsteins. 1873 wird in Deutschland die Mark eingeführt und die „Altonaer“ und die Hamburger können sich seitdem glücklich schätzen, nun auf beiden Straßenseiten mit ein und derselben Währung zu bezahlen.

Heute identifiziert sich auch der, der seit Jahrzehnten in Altona lebt, als „Hamburger“. Unterstützt durch die gemeinsame Währung hat sich eine gemeinsame Identität gebildet. Wobei hier natürlich regionale Differenzen immer noch bestehen. Der Fußballverein St. Pauli wird sich wohl auch in näherer Zeit nicht mit dem Hamburger HSV anfreunden können, trotz gemeinsamer Währung. Aber eine gemeinsame Währung ist etwas, was man besitzt und täglich benutzt, eine Basis zum vereinfachten Handel und zum Austausch.

Darin besteht auch einer der Vorteile der Europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion. Was ist Europa und was ist eine Europäische Identität? Die Franzosen essen französisches Gebäck, Deutschland kann sich auf seinen Ruf als Land der Ingenieure und Technik berufen und Italien ist für seine guten Urlaubsbedingungen durchaus berühmt und bekannt. Alle sprechen unterschiedliche Sprachen, und kaum einer kommt auf die Idee, sich als „Europäer“ zu bezeichnen. Man ist deutsch, britisch, niederländisch, griechisch, aber als „europäisch“ sieht sich noch kaum einer.

Der Euro ist somit einer der wenigen Faktoren, wenn nicht sogar der einzige, der für eine gewisse Verbundenheit sorgen könnte. Sogar die Wahlen für das Europaparlament werden als eher unbedeutend von den Bürgern der Gemeinschaft empfunden, viel wichtiger scheint die nationale Tagespolitik zu sein. Aber auch die staatliche Politik wird von der EU in vielen Bereichen beeinflusst. Da mögen sich einige über überzogene Bürokratie beschweren und alles an europäischen Übel auf den Euro projizieren; andererseits profitieren aber viele von den vereinfachten, transnationalen Reisebedingungen in der EU.

Ohne den Euro wäre eine Reise oder ein einfacher Austausch zwischen den Volkswirtschaften der Eurozonen-Mitglieder viel komplizierter. Eine einfache Betrachtung lohnt sich hier: Ein Flug nach Mallorca wird nicht immer von einer Deutschen Fluggesellschaft ausgeführt, vielleicht bietet ja eine spanische Airline einen günstigeren Preis an. Ohne Euro müsste der Flug nun in Peseten bezahlt werden. Den Wechsel von Mark zu Peseten lässt sich das ausführende Finanzinstitut natürlich bezahlen. Abgesehen davon entsteht durch einen Wechsel auch ein zeitlicher Aufwand für den Urlauber. Wer möchte denn heute noch zur Bank fahren und sein Geld umtauschen, bevor er vielleicht für gerade mal eine Woche in den Urlaub fährt?

Für den Verbraucher mögen diese Mehrkosten nur eine kleine Bedeutung gehabt haben, aber für größere Unternehmen ist dieser Unterschied durchaus spürbar. Für Unternehmen kommen zusätzlich Wechselkursunsicherheiten hinzu. Laut Paul Krugman, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, wuchs der Handel zwischen 10 % und 15 %, nachdem der Euro eingeführt wurde.

Der Euro ist essentiell für den einfachen Austausch zwischen verschiedenen Mitgliedsstaaten der Eurozone geworden, sodass sich die Generation, die mit dem Euro groß geworden ist, ein Leben ohne Euro kaum noch vorstellen kann – ich spreche da durchaus aus eigener Erfahrung. Meine Freunde und ich werden der ersten Generation angehören, für die es selbstverständlich geworden ist, in Europa mit einer Währung zu bezahlen.

Trotz der offensichtlichen Vorzüge werden immer wieder die Nachteile der Euro-Einführung überaus deutlich kommuniziert. Mit welchem Grund?

Eine nationale Währung kann als eine Art zentrale Stellschraube gesehen werden, mit der die Wirtschaft einigermaßen gesteuert werden kann. Wenn ein Land über eine unabhängige Währung verfügt, könnte diese zum Beispiel abgewertet werden. Dadurch werden die Produkte für ausländische Abnehmer günstiger, was dann wiederum zu einer höheren Nachfrage und steigender Beschäftigung führen würde. Dies ist mit dem Euro in dieser Form nicht mehr möglich; der Staat verliert mit der Einführung der transnationalen Währung ein direktes Element zur Beeinflussung seiner Wirtschaft. Nach dem Wegfall dieser Stellschraube wird von einigen Staaten die nationale Wirtschaftspolitik durch Steuern und Subventionen betrieben.

Die Mitgliedsstaaten der Eurozone sind gefährdet, in einem Wettbewerb der Vergünstigungen sich gegenseitig zu unterbieten. Anstatt zusammen, als eine gemeinsame Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb, zu bestehen, bekämpfen sich einige Euro-Länder wie in Zeiten der Kleinstaaterei mit Subventionen.

Während der Griechenlandkrise, die am Ende einer Dominokette stand, die durch die platzende Immobilien-Blase ausgelöst wurde, konnte man verschiedene Stimmen wahrnehmen, die ähnliche Beweggründe hatten, aber durchaus verschiedene Herangehensweisen ...

Die „Pleite-Griechen“ („Bild“) sollten doch ihre Inseln verkaufen, und generell wurde die Sorge in Deutschland laut,

Europa sozusagen durchzufüttern. Der Austritt Griechenlands aus dem Euro sei die einzige adäquate Reaktion. Einerseits, um Deutschland vor zu hohen Ausgaben als Hilfe für anderer Länder zu bewahren, andererseits, um Griechenland wieder die Möglichkeit zur Steuerung der Wirtschaft über eine eigene Währung zu geben.

Auf der anderen Seite konnte man den Wunsch nach einer stärkeren Union vernehmen. Die EU brauche eine Wirtschaftsregierung. Der Minister zur Zeit der Finanzkrise, Peer Steinbrück, sieht zudem die Gefahr, dass die Eurozone in eine Transfergemeinschaft mündet, in der die Finanzen einzelner Nationen ausgeglichen werden. Das kann unter zwei Gesichtspunkten fatal sein.

Speziell in den stärker aufgestellten Ländern wird verstärkt ein Gefühl aufkommen, „Zahlmeister Europas“ zu sein und somit die bereits angesprochene „Europäische Identität“, die durch gegenseitige Zerfleischung, durch die Medien angestachelt, durchaus schon einige Kratzer bekommen hat, empfindlich beeinflussen, wenn nicht gar zerstören.

Außerdem könnten Länder, die nicht rentabel wirtschaften, keine Not zur Umstrukturierung sehen und sich dann auch nicht gezwungen fühlen, schmerzhafte Reformen durchzuführen, die in wirtschaftlicher Stabilität resultieren könnten. Das wirtschaftliche Prinzip, dass nur ökonomisch vorteilhafte Länder/Organisationen sich langfristig behaupten könnten, würde schlichtweg missachtet. Dasselbe gilt für zahlreiche Wettbewerbsfunktionen.

Der Eurozone bleibt keine andere Alternative, als Ländern wie Griechenland, Portugal oder Irland Hilfspakete zur Verfügung zu stellen. Schwächelnde Volkswirtschaften mit zunehmend schlechten Bewertungen durch die Ratingagenturen haben natürlich sowohl Einfluss auf den Kurs des Euro als auch auf die Kurse der Staatsanleihen der Länder in der Eurozone. Somit bleibt letztlich nur noch die Option, ebenjenen Ländern durch Hilfspakete zu helfen.

Das hierzulande viel gefürchtete Bild der „Zahlmeister Europas“ scheint sich zu bewahrheiten. Es sei denn, die Gläubiger und die beteiligten Staaten würden sich zu einer Umschuldung im Sinne gemeinschaftlicher Interessen durchringen können.

Aber – sollte Deutschland deswegen den Euro abschaffen?

Bei Lichte betrachtet stellt sich diese Frage nur noch beschränkt. Nach Einführung des Euro war der „Teuro“ in aller Munde. Angeblich hätten dieselben Produkte nach der Einschaffung des Euros mehr gekostet. Laut des Verbraucherpreisindex hat sich eine signifikante Verteuerung der Produkte nicht eingestellt, wobei natürlich zu beachten ist, dass dieser Index mithilfe eines „Warenkorbs“ berechnet wird. Einige Produkte finden in diesem natürlich keine Erwähnung, sodass durchaus die Möglichkeit besteht, dass Unternehmen im Schatten der Währungsumstellung Preise erhöht haben. Falls wieder eine Umstellung zur D-Mark durchgeführt werden sollte, müsste natürlich mit einer erneuten Erhöhung des Preisniveaus gerechnet werden.

Und – wenn wir gerade bei den Kosten sind: Falls das Land mit dem größten Bruttoinlandsprodukt wieder zur D-Mark zurückkehrt, sieht es für alle Marktteilnehmer so aus, als ob kein Vertrauen in den Euro vorhanden ist. Der Ökonom Gerhard Illing formuliert es so: „Das [die Abkehr vom Euro] wäre extrem kostspielig. Es würde eine extreme Instabilität in Europa auslösen“.

Die Vorteile, die sich aus dem Euro ergeben haben, lösen sich in Luft auf. Die D-Mark würde brutal aufgewertet und die deutsche Exportwirtschaft empfindlich getroffen. Ggf. würde in der weiteren Folge die Wirtschaftsunion zerbrechen.

Es zeigt sich schon nach kurzer Betrachtung der Folgen, dass ein Austritt aus dem Euro ein wirtschaftspolitischer Fehlschlag auf ganzer Linie wäre.

Vielmehr stellt sich die Frage, wie der Euro in Zukunft gestärkt werden kann.

Ein kurzer Blick auf die Weltkarte zeigt, dass zu jeder Währung eine politische Instanz vorhanden ist, die für steuer- und wirtschaftspolitische Konstanz sorgt bzw. sorgen sollte. In der Euro-Zone ist dem nicht so, denn als die Grundlagen für den Euro geschaffen wurden, war vielleicht eine etwas überschwängliche Euphorie vorhanden, denn immerhin hatte sich kurz davor Deutschland wiedervereinigt und die latente Bedrohung eines Krieges zwischen den Großmächten USA und UdSSR war endlich vorüber!

Auch um politisch in der Liga der großen Wirtschaftsregierungen mitreden zu können, braucht Europa den Euro-Raum. Amerika (313 Millionen Einwohner), China (1,3 Milliarden Einwohner), Indien (1,2 Milliarden) und zunehmend auch Brasilien (203 Millionen) sind einige der bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Bei Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts, das als einer der Indikatoren für die Leistung einer Volkswirtschaft angesehen wird, lässt sich feststellen: Die EU, als eine Volkswirtschaft gesehen, hat das größte Bruttoinlandsprodukt, dicht gefolgt von den USA, China, Japan und Indien.

Wie man es auch dreht und wendet, welche Perspektive man auch wählt, ein „Euro-Bashing“ wird nicht zu einer positiven Entwicklung beitragen. Wir sollten nicht alle europäischen Ängste auf den Euro projizieren. Damit wir aber die vielfältigen, unterschiedlichen Profile und Anforderungen innerhalb unseres Währungsraums auf einen gemeinsamen Nenner bringen können, sollten wir, die Europäer, vielleicht eher über eine Koordinierung unserer Wirtschafts- und Steuerpolitik nachdenken.